

## Bündnis Bürgerenergie

# Weniger Energiegenossenschaften

**[05.02.2015] Im vergangenen Jahr sind erneut weniger Bürgerenergiegenossenschaften gegründet worden. Schuld ist die Bundespolitik, verkündet das Bündnis Bürgerenergie.**

Im Jahr 2014 sind 29 Bürgerenergiegenossenschaften gegründet worden. Das entspricht einem Viertel des Vorjahres. Zu diesem Ergebnis kommt eine für das Bündnis Bürgerenergie erarbeitete Studie der Universität Erfurt und der Leuphana Universität Lüneburg. Demnach lag im Jahr 2013 die Zahl der Neugründungen bei 104. 2012 waren es noch 183. Der Grund für den deutlichen Rückgang ist laut Bündnis Bürgerenergie in der Politik zu suchen. „Die Politik der Bundesregierung in den letzten Monaten ist eine Katastrophe für die Bürgerenergie“, sagt Thomas Banning, Vorstandsvorsitzender des Bündnis Bürgerenergie. Das Kapitalanlagegesetzbuch habe für hohe Verunsicherung und einen eingeschränkten Handlungsrahmen bei Bürgerenergieakteuren gesorgt. Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im vergangenen Jahr benachteilige dezentrale Akteure. Mit dem Kabinettsbeschluss über die Einführung von Ausschreibungen bei Photovoltaik-Freiflächenanlagen (20670+wir berichteten) sei zudem ein weiteres Bremsmanöver eingeleitet worden. „Viele Menschen, die einen Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien leisten wollen, werden durch die aktuelle Energiepolitik tief verunsichert“, sagt Jakob Müller von der Universität Erfurt. Dies schlage sich bereits heute im Gründungs- und Investitionsverhalten von Bürgerenergiegesellschaften nieder. Die sinkende Zahl an Neugründungen stehe sinnbildlich für die Verunsicherung der Akteure im Bereich Bürgerenergie.

(ma)

Die Studie „Zum Stand von Energiegenossenschaften in Deutschland“ (PDF, 211 KB)

Stichwörter: Politik, Bündnis Bürgerenergie